

SOZIALE KLIMAPOLITIK

Den Kampf gegen die Erderwärmung gewinnen wir nur gemeinsam



SPD
Fraktion im
Bundestag

SOZIALE KLIMAPOLITIK

Den Kampf gegen die Erderwärmung
gewinnen wir nur gemeinsam

INHALT

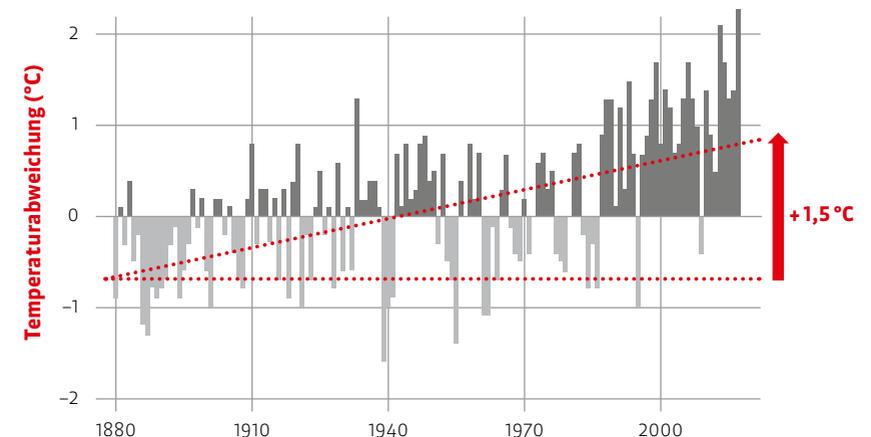
7	WARUM WIR DEN KLIMAWANDEL BEGRENZEN MÜSSEN
9	WARUM KLIMASCHUTZ NUR GEMEINSAM GELINGT
13	KLIMASCHUTZPROGRAMM 2030
13	Verbindlicher Klimaschutz per Gesetz
14	Raus aus der Kohle
15	Ausbau der erneuerbaren Energien
16	Klimafreundlich unterwegs
17	Klimaschonende Gebäude
18	CO ₂ bekommt einen Preis
21	Wachstum durch Klimaschutz
22	FAZIT

WARUM WIR DEN KLIMAWANDEL BEGRENZEN MÜSSEN

Auf unserem Planeten wird es immer wärmer. Seit Beginn der Industrialisierung ist die Durchschnittstemperatur auf der Erde um etwa 1 Grad Celsius gestiegen, in Deutschland sogar um 1,5 Grad. Verantwortlich dafür ist vor allem der Mensch. Durch unser Handeln hat sich die Konzentration an Treibhausgasen in der Atmosphäre deutlich erhöht. Das wichtigste Treibhausgas ist Kohlendioxid (CO₂), das durch die Verbrennung fossiler Energieträger wie Öl und Kohle entsteht. Die Gase verursachen einen Treibhauseffekt, durch den sich die Erde immer weiter erhitzt. Wenn wir nicht gegensteuern, könnte die globale Temperatur Ende dieses Jahrhunderts im Durchschnitt um 5 Grad höher liegen als vor der Industrialisierung.

IN DEUTSCHLAND WIRD ES IMMER WÄRMER

Gegenüber der vorindustriellen Zeit ist die mittlere Jahrestemperatur in Deutschland um 1,5 Grad Celsius gestiegen. Die Nulllinie in der Grafik markiert die jährliche Durchschnittstemperatur in Deutschland von 8,2 Grad Celsius im international festgelegten Vergleichszeitraum 1961-1990.



Quelle: DWD/BMU (2019)



Wer den Klimawandel leugnet, handelt verantwortungslos gegenüber seinen eigenen Kindern und Enkeln.

Mit dramatischen und unwiderruflichen Folgen: Gletscher schmelzen, das Meer erwärmt sich, der Meeresspiegel steigt, Arten sterben aus, Landstriche werden unbewohnbar, Menschen werden gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Das trifft meist arme Menschen, die keine Möglichkeiten haben, ihr Leben an die klimatischen Veränderungen anzupassen.

Schon heute sind die Auswirkungen des Klimawandels spürbar – auch in Deutschland. Stürme, Hochwasser, Hitzewellen: Naturkatastrophen und extreme Wetterereignisse häufen sich, kosten Menschenleben und verursachen Schäden in Milliardenhöhe. Wenn wir den Klimawandel nicht deutlich bremsen, werden Verwüstungen durch Sturmfluten und Dürreperioden auch bei uns weiter zunehmen, verbunden mit einer massiven Beeinträchtigung unserer Gesundheit, Lebensqualität und Umwelt.

Um die Folgen des Klimawandels zu begrenzen, müssen wir dafür sorgen, dass wir weniger Öl, Gas und Kohle verbrennen, damit deutlich weniger Treibhausgase in die Atmosphäre gelangen. Wir müssen umsteuern, um unseren Kindern und Enkeln eine intakte Umwelt auf einem lebenswerten Planeten zu hinterlassen. Die Zeit drängt. Wir müssen jetzt die Treibhausgase reduzieren.

WARUM KLIMASCHUTZ NUR GEMEINSAM GELINGT

Der Kampf gegen die globale Erwärmung ist eine Menschheitsaufgabe. Er ist nur zu gewinnen, wenn alle mitmachen.

Deshalb ist es so wichtig, dass die Staatengemeinschaft Ziele für den Klimaschutz vereinbart hat. Im Pariser Klimaabkommen aus dem Jahr 2015 haben sich 197 Staaten dazu verpflichtet, die Erderwärmung gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter bis Ende des Jahrhunderts auf deutlich unter 2 Grad Celsius und möglichst unter 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.

Deutschland hat dabei eine besondere Verantwortung. Unser jährlicher CO₂-Ausstoß pro Kopf ist doppelt so hoch wie der weltweite Durchschnitt – und liegt noch vor China, Indien und dem Rest Europas. Deshalb hat sich Deutschland das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 die Emission von Treibhausgasen um mindestens 55 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu senken. Bis 2050 soll unter dem Strich kein Treibhausgas aus Deutschland mehr in die Atmosphäre gelangen.

Um die Klimaziele zu erreichen und die schlimmsten Auswirkungen der Erderwärmung noch zu verhindern, müssen wir unsere Industriegesellschaft radikal umbauen – hin zu einer nachhaltigen, ressourcenschonenden Wirtschaftsweise, basierend auf dem Einsatz erneuerbarer Energien sowie der ökologisch ausgerichteten Produktion von Waren und Bereitstellung von Dienstleistungen. Darin liegt eine große Chance. Denn Klimaschutz kann ein wichtiger Treiber sein für Investitionen und Innovationen, für neue Technologien und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Er hat das Potenzial, unsere Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltig zu modernisieren.

Dieser Umbau wird nur dann gelingen, wenn er auf breite Akzeptanz stößt und möglichst alle mitgehen. Das setzt voraus, dass alle mitgehen können und niemand überfordert wird. Das gilt für Verbraucherinnen und Verbraucher ebenso wie für Unternehmen. Wir sind überzeugt, dass wir uns vor dem Klimawandel nur dann wirkungsvoll schützen können, wenn die-

se Jahrhundertaufgabe dauerhaft von einer möglichst breiten und stabilen Mehrheit in der Bevölkerung unterstützt wird. Und zwar über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten mit wechselnden Regierungskoalitionen hinweg.

Die Ausgangsvoraussetzungen dafür sind gut. Die Mehrheit der Bevölkerung will mehr Klimaschutz. Diesen Grundkonsens müssen wir stärken, indem wir die Gesellschaft zusammenführen, alle mitnehmen und uns nicht spalten lassen. Wer den Klimawandel leugnet, handelt verantwortungslos gegenüber seinen eigenen Kindern und Enkeln. Und wer auf der anderen Seite meint, er könne allein über höhere Benzin- und Heizkosten das Klima retten, der nimmt in Kauf, dass diejenigen, die viel haben, dieses Klima weiter verschmutzen können, während sich breite Schichten immer weiter einschränken müssten und nicht mehr so leben könnten wie bisher. Auf Dauer würde das die Akzeptanz für den Klimaschutz gefährden.

Wir sollten nicht vergessen, dass sich Bürgerinnen und Bürger auch dagegen entscheiden können, die Welt zu retten, wenn die Politik keinen Weg findet, den die große Mehrheit der Bevölkerung mitträgt. Donald Trump wurde von Leuten gewählt, die den Wandel nicht akzeptieren wollten. Er hat den Klimaschutz um Jahre zurückgeworfen.

WANDEL SOZIAL GESTALTEN

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen den Wandel sozial gestalten. Nur eine soziale Klimapolitik kann das Klima auf Dauer erfolgreich schützen. Deswegen haben wir immer auch diejenigen im Blick, die sich die notwendigen Veränderungen nicht ohne weiteres leisten können. Die sich nicht von heute auf morgen ein neues Auto kaufen oder eine neue Heizung einbauen können. Oder denen im Zuge des Strukturwandels – etwa in den Kohleregionen – der Verlust ihrer Arbeitsplätze droht.

Wir sind überzeugt: Die sozial-ökologische Wende gelingt nur durch eine starke Gemeinschaft und einen handlungsfähigen Staat. Einen Staat, der nicht bevormundet, sondern klimafreundliches Verhalten fördert, für soziale Ausgewogenheit sorgt, Perspektiven bietet und die Infrastruktur schafft, um

umsteuern zu können, etwa mit einer Mobilität, die öffentlich garantiert ist. Erfolgreiche Klimapolitik ist auch auf eine Renaissance der öffentlichen Daseinsvorsorge angewiesen.



Nur eine soziale Klimapolitik kann eine erfolgreiche Klimapolitik sein.

Die gegenwärtige Debatte um den Klimawandel ist stark polarisiert. Wir werden unser Klima aber nur dann erfolgreich schützen können, wenn wir den Zusammenhalt stärken. Eine Politik des sozialen Ausgleichs, die Fähigkeit zur Verständigung und der Mut zum Kompromiss sind zwingende Voraussetzungen, um in der Klimapolitik zu langfristig tragfähigen Lösungen zu finden. Sonst erreichen wir am Ende gar nichts.

DAS KLIMASCHUTZ-PROGRAMM 2030

Im Herbst 2019 hat sich die Große Koalition auf ein umfassendes Maßnahmenpaket für den Klimaschutz geeinigt. Ziel ist es, einen deutlichen Beitrag im Kampf gegen die globale Erwärmung zu leisten, den Ausstoß an Treibhausgasen in Deutschland bis zum Jahr 2030 um 55 Prozent gegenüber 1990 zu senken und Mitte des Jahrhunderts ein klimaneutrales Land zu sein. So wie wir es der Weltgemeinschaft und unseren europäischen Partnern zugesagt haben.

Wir fördern klimafreundliche Investitionen, erneuerbare Energien und klimaschonendes Verhalten. Wir schaffen neue Regeln zur Vermeidung von CO₂, organisieren den Kohleausstieg und machen den Ausstoß von CO₂ schrittweise teurer. Dabei sorgen wir für sozialen Ausgleich und einen sozialverträglichen Strukturwandel. Den Rahmen bildet das Klimaschutzgesetz, mit dem die Vorgaben zur CO₂-Einsparung erstmals verbindlich per Gesetz festgelegt wurden.

VERBINDLICHER KLIMASCHUTZ PER GESETZ

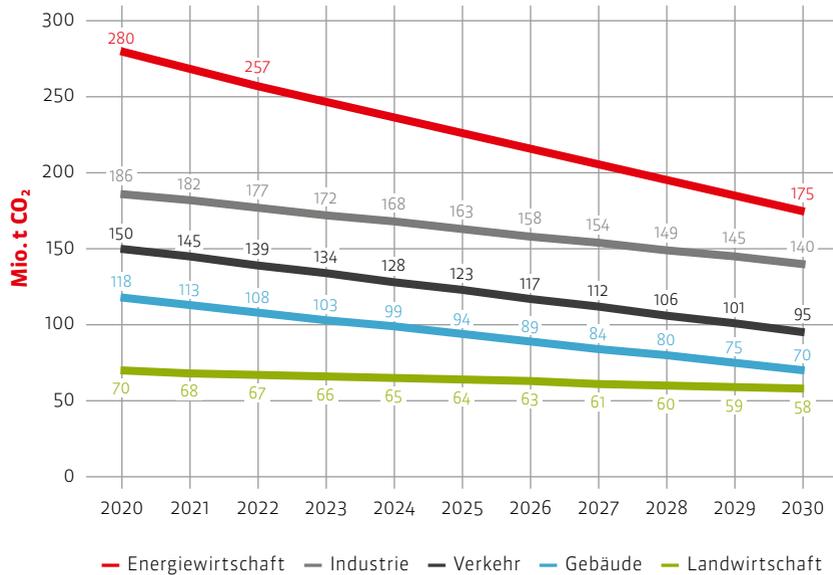
Mit dem Klimaschutzgesetz haben wir unsere nationalen Klimaziele rechtlich verbindlich verankert und zum ersten Mal in Deutschland für alle Bereiche – Energiewirtschaft, Industrie, Gebäude, Verkehr, Landwirtschaft und Abfallwirtschaft – gesetzlich festgelegt, wie viel Treibhausgase Jahr für Jahr jeweils ganz konkret eingespart werden müssen. Die Fortschritte in den einzelnen Sektoren werden jährlich ermittelt und von unabhängigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern überprüft. Die zuständigen Fachressorts sind dafür verantwortlich, dass die Ziele erreicht werden. Wo die Vorgaben verfehlt werden, muss umgehend mit Sofortprogrammen nachgesteuert werden.

Das Klimaschutzgesetz ist im Dezember 2019 in Kraft getreten. Damit besteht Transparenz bei der Umsetzung des Klimaschutzprogramms, vor allem aber ein hohes Maß an Verbindlichkeit, um die Einhaltung der Klimaziele auch tatsächlich zu erreichen.



KLIMASCHUTZGESETZ: IMMER WENIGER TREIBHAUSGASE

Vorgeschriebener Maximalausstoß an Treibhausgasen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen bis 2030



Quelle: BMU (2019)

RAUS AUS DER KOHLE

Um CO₂ einzusparen, müssen wir vor allem raus aus der Kohle. Schließlich macht die Verbrennung von Stein- und Braunkohle fast drei Viertel aller CO₂-Emissionen in der Energiewirtschaft aus.

Die auf unsere Initiative hin eingesetzte Kommission „Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung“ hat bereits Anfang 2019 Empfehlungen vorgelegt, wie wir zusätzlich zum Atomausstieg auch aus der Kohle schrittweise und sozialverträglich aussteigen können. Umweltverbände, Gewerkschaften, Industrie und gesellschaftliche Gruppen aus den betroffenen Regionen haben sich auf einen gangbaren Weg geeinigt, bis zum Jahr 2030 die Kraftwerkskapazi-

täten für Braun- und Steinkohle auf 17 Gigawatt zu reduzieren und die Erzeugung von Strom aus Kohle bis spätestens 2038 vollständig zu beenden.

Dieser Kohlekonsens ist ein Beispiel dafür, was wir als Gesellschaft erreichen können, wenn sich alle Betroffenen an einen Tisch setzen. Der Bund fördert die Strukturentwicklung in den betroffenen Regionen mit 40 Milliarden Euro und schafft damit neue Perspektiven für Wirtschaft und Beschäftigung und damit für die Menschen in den Kohlerevieren. Die zur Umsetzung erforderlichen Gesetze (Kohleausstiegsgesetz und Strukturstärkungsgesetz) wollen wir 2020 im Bundestag beschließen.

AUSBAU DER ERNEUERBAREN ENERGIEN

Parallel zum Kohleausstieg geben wir jetzt dem Ausbau der erneuerbaren Energien neuen Schwung. Schon heute stammen mehr als 40 Prozent des in Deutschland verbrauchten Stroms aus nachhaltigen Quellen wie Wind, Biomasse und Sonne. Bis 2030 müssen es mindestens 65 Prozent sein.

Um das zu erreichen, soll der Ausbau von Solaranlagen künftig nicht mehr künstlich begrenzt werden. Außerdem werden wir es ermöglichen, dass deutlich mehr Windkraftanlagen auf hoher See gebaut werden. Grundsätzlich stimmen wir einem bundeseinheitlichen Mindestabstand für Windräder von 1.000 Metern zu Wohngebieten zu, wenn Länder und Kommunen nach unten abweichen können. Allerdings bedarf es hierfür noch einer Verständigung im Hinblick auf die Definition von Wohnbebauung sowie der Klärung von Rechtsfragen und Anwendungsproblemen. Wichtig ist uns, dass Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürger von Windkraftanlagen stärker finanziell profitieren, insbesondere, wenn sie bereit sind, den Abstand von 1.000 Metern zu reduzieren.

Parallel machen wir Strom aus erneuerbaren Energien günstiger, in dem wir ab 2021 die so genannte EEG-Umlage Schritt für Schritt deutlich senken. Das entlastet das Gewerbe und die privaten Verbraucherinnen und Verbraucher – nicht zuletzt viele Geringverdienende und Familien. Und es stärkt den Ökostrom gegenüber fossilen Energien.



Der Bund investiert in den nächsten Jahren mehr Geld in den öffentlichen Personennahverkehr.

KLIMAFREUNDLICH UNTERWEGS

Mobilität muss klimafreundlicher werden – und für alle bezahlbar bleiben. Dafür investieren wir Milliarden.

Wir stärken den Schienenverkehr, um ihn für noch mehr Menschen zur attraktiven, klimafreundlichen Alternative zum Auto oder Flugzeug zu machen. Für den Personennahverkehr in den Städten und Gemeinden gibt es mehr Geld vom Bund. Wir treiben unsere Idee für ein 365-Euro-Jahresticket im öffentlichen Personennahverkehr voran, in dem wir als Bund weitere Städte bei der Einführung von Modellprojekten unterstützen.

Die Deutsche Bahn stärken wir in den kommenden elf Jahren zusätzlich mit 11 Milliarden Euro Eigenkapital. Um das Schienennetz zu erneuern, werden Bund und Bahn 86 Milliarden Euro bis 2030 in die Hand nehmen. Außerdem haben wir das Bahnfahren billiger gemacht, indem wir zum 1. Januar 2020 die Mehrwertsteuer für Bahntickets von 19 auf sieben Prozent gesenkt haben.

Zugleich wird Fliegen teurer, indem die Luftverkehrssteuer erhöht wird. Die Steuer auf Kurzstreckenflüge steigt um 74 Prozent, für Mittel- und Langstreckenflüge steigen die Sätze um jeweils 41 Prozent. Deutschland geht hiermit auch im europäischen Vergleich bei der Besteuerung des Luftverkehrs mit gutem Beispiel voran.

Wir stärken den Güterverkehr auf der Schiene. Als Alternative zum Lkw fördern wir den Transport auf der Schiene mit Einzelwagen. Und wir wollen die Maut für Lkws, die viel CO₂ ausstoßen, erhöhen.

Im Gegenzug fördern wir den Umstieg auf Elektrofahrzeuge noch stärker als bislang. Wer sich künftig ein E-Auto zu einem Preis von unter 40.000 Euro kauft, soll eine höhere Kaufprämie bekommen. Davon wird vor allem profitieren, wer sich keine großen Autos leisten kann. Elektro-Dienstwagen in der gleichen Preiskategorie werden steuerlich stärker gefördert. Bis 2030 sollen zudem eine Million öffentliche Ladepunkte für E-Fahrzeuge gebaut werden. In Zukunft sollen an allen Tankstellen auch Ladesäulen stehen.

Die Kfz-Steuer soll zukünftig noch stärker nach CO₂-Ausstoß erhoben werden, schmutzige Fahrzeuge werden mehr belastet. Damit wollen wir einen Anreiz schaffen, emissionsärmere Neuwagen zu kaufen.

Die Bundesregierung erarbeitet zudem eine Wasserstoffstrategie. Insbesondere der grüne Wasserstoff wird eine zunehmende Rolle für die Klimawende spielen, etwa als alternativer Kraftstoff im Schwerlastverkehr und in der Schifffahrt.

KLIMASCHONENDE GEBÄUDE

Damit die energetische Sanierung von Gebäuden weiter vorankommt, wird neben den bestehenden Zuschussförderprogrammen der klimagerechte Umbau von privat genutztem Eigentum steuerlich gefördert: Wer seine eigene Wohnung oder das eigene Haus klimafreundlicher macht, kann 20 Prozent der Kosten (bis zu 40.000 Euro) auf drei Jahre verteilt von der Steuerschuld abziehen. Um die Qualität der Sanierung zu gewährleisten, können die Kosten für Energieberaterinnen und Energieberater sogar zu 50 Prozent von der Steuerschuld abgezogen werden.

Mit dem Gebäudeenergiegesetz werden wir die Vorschriften für energetisches Bauen und Sanieren vereinheitlichen. Das sorgt für Klarheit und weniger Bürokratie für alle, die ein Haus planen, bauen oder sanieren wollen. Mit der neu konzipierten Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) werden wir zudem die bestehenden investiven Förderprogramme im Gebäudebereich

zu einem einzigen, umfassenden und modernisierten Förderangebot bündeln und inhaltlich verbessern: je höher der erreichte energetische Standard, desto höher die Förderung. Möglich sind künftig bis zu 40 Prozent.

Wir wollen mehr Tempo bei der Umstellung der Heizungen auf erneuerbare Wärme. Ab 2026 dürfen keine neuen Ölheizungen mehr eingebaut werden, wenn klimafreundliche Alternativen möglich sind. Um den Umstieg von der Ölheizung auf eine erneuerbare Wärmeversorgung zu unterstützen, führen wir eine Austauschprämie in Höhe von 40 Prozent der Kosten ein. Außerdem werden wir die serielle Sanierung mit vorgefertigten Dach- und Fassadenelementen mit integrierter Photovoltaik fördern.

CO₂ BEKOMMT EINEN PREIS

Wer beim Autofahren oder Heizen Kohlendioxid ausstößt, zahlt dafür künftig einen Preis. Damit wollen wir erreichen, dass sich klimaschonendes Verhalten lohnt. Uns ist dabei bewusst, dass wir Klimaschutz nicht über den Preis gesellschaftlich erzwingen dürfen. Das würde unsere Gesellschaft zerreißen – vor allem, wenn den Menschen noch keine brauchbaren und bezahlbaren Alternativen bei der Antriebstechnologie, im ÖPNV oder in der Heiztechnik zur Verfügung stehen.



Deshalb gehen wir Schritt für Schritt vor, damit sich die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen an diese Entwicklung anpassen können. Hierzu haben wir im Herbst 2019 das Brennstoffemissionshandelsgesetz beschlossen.

Demnach steigt der Preis für CO₂ schrittweise an. 2021 beträgt der Festpreis 25 Euro pro Tonne CO₂. Der Preis steigt bis 2025 auf 55 Euro an. Im Jahr 2026 wird es keinen Festpreis mehr geben, sondern einen Preiskorridor mit einem Mindest- und einem Höchstpreis (55 Euro bis 60 Euro).

WIE SORGT DAS KLIMAPAKET FÜR SOZIALEN AUSGLEICH?

- **Bahnfahren wird billiger:** Durch die Senkung der Mehrwertsteuer sind die Ticketpreise im Fernverkehr zum 1. Januar 2020 um zehn Prozent gesunken.
- **Pendlerinnen und Pendler mit weiten Wegen werden entlastet:** Ab dem 21. Kilometer der einfachen Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsplatz steigt die Pendlerpauschale ab dem Jahr 2021 von 30 auf 35 Cent. Ab 2024 erhöht sie sich auf 38 Cent. Geringverdienende, die keine Einkommensteuer zahlen, erhalten eine Mobilitätsprämie. Die Regelung gilt bis 2026.
- **Kauf von E-Autos wird stärker gefördert:** Für ein Modell zu einem Preis von unter 40.000 Euro soll es eine höhere Kaufprämie geben.
- **Strom aus erneuerbaren Energien wird günstiger:** Ab 2021 sinkt die so genannte EEG-Umlage.
- **Wohnkosten werden bezuschusst:** Für Menschen mit niedrigem Einkommen wird das Wohngeld erhöht.
- **Ausbau der alten Ölheizung wird bezuschusst:** Wer auf erneuerbare Wärmeversorgung umsteigt, soll eine Austauschprämie in Höhe von 40 Prozent der Kosten bekommen.
- **Energetische Sanierung wird gefördert:** Wer seine eigene Wohnung oder das eigene Haus klimafreundlicher macht, kann 20 Prozent der Kosten (bis zu 40.000 Euro) auf drei Jahre verteilt von der Steuerschuld abziehen. Die Regelung gilt ab 2020 für zehn Jahre.

Außerdem gilt dann eine maximale Menge an CO₂, die ausgestoßen werden darf. Sie wird von Jahr zu Jahr geringer und ergibt sich aus den Klimazielen. Die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung werden vollständig in den Klimaschutz reinvestiert oder den Bürgerinnen und Bürgern über Förder- und Entlastungsmaßnahmen zurückgegeben.

Parallel zur Erhöhung des CO₂-Preises sorgen wir für sozialen Ausgleich, damit auch Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen die Umstellung bewältigen können. Dazu gehören die Senkung der Mehrwertsteuer auf Bahntickets, die Entlastung von Pendlerinnen und Pendlern mit langen Arbeitswegen über die Pendlerpauschale bzw. eine Mobilitätsprämie, die Kaufprämie für Elektroautos, die Erhöhung des Wohngeldes und die Senkung der EEG-Umlage.

GRÜNE TECHNOLOGIE „MADE IN GERMANY“

Anteil deutscher Unternehmen am globalen Umwelttechnik- und Effizienzmarkt



Quelle: BMU (2018)



Klimaschutz treibt Innovationen an, schafft neue Arbeitsplätze und stärkt die Exporte unserer Unternehmen.

WACHSTUM DURCH KLIMASCHUTZ

Der sozial-ökologische Umbau unserer Gesellschaft kostet Geld. Bis zum Jahr 2030 sollen Mittel in dreistelliger Milliardenhöhe für Klimaschutz und Energiewende bereitgestellt werden. Im Rahmen des Klimaschutzprogramms investiert der Staat allein in den nächsten vier Jahren insgesamt 54 Milliarden Euro. In den Kohleregionen werden wir bis 2038 bis zu 40 Milliarden Euro für die langfristige Gestaltung des Strukturwandels bereitstellen und damit neue Perspektiven für Beschäftigung und Wertschöpfung schaffen.

Dieses Geld ist gut investiert. Denn erstens wären die Folgen des Klimawandels noch wesentlich teurer – sowohl für den Staatshaushalt als auch für die Bürgerinnen und Bürger. Zweitens wirken die Klimaschutzmaßnahmen wie ein langfristig angelegtes Konjunkturprogramm.

Schon heute ist Klimaschutz ein Fortschrittstreiber und Jobmotor für unsere Wirtschaft. Er treibt Innovationen an, bringt neue Arbeitsplätze hervor und stärkt die Exporte unserer Unternehmen. Bereits 2016 lag der Anteil deutscher Firmen am weltweiten Markt für Umwelt- und Klimaschutztechnologien („GreenTech“) bei 14 Prozent. Das ist deutlich mehr als Deutschlands Anteil an der globalen Wirtschaftsleistung insgesamt (4,6 Prozent). Mit der Entwicklung weiterer innovativer Technologien werden neue Märkte erschlossen. Zusätzliche Exportchancen schaffen Arbeit und tragen zu unserem Wohlstand bei. Voraussetzung ist ein erfolgreicher heimischer Absatzmarkt.

FAZIT

Mit dem Klimaschutzprogramm machen wir einen großen Schritt für den Klimaschutz. Wir haben die Klimaziele gesetzlich verbindlich gemacht und verpflichtende und überprüfbare Vorgaben zur Senkung des Treibhausgasausstoßes in allen Wirtschaftsbereichen festgelegt. Mit einem milliarden-schweren Investitionspaket modernisieren wir unser Land. Wir sichern Arbeitsplätze und schaffen neue, in dem wir Zukunftsindustrien fördern und Planungssicherheit für die Wirtschaft schaffen. Wir fördern und fordern Klimaschutz, aber überfordern niemanden. Wir machen Deutschland fit für morgen, sozial ausgewogen und wirtschaftlich stark.

Jetzt gilt es, die noch ausstehenden Gesetze – vor allem zum Kohleausstieg, zur Flankierung des Strukturwandels in den Revieren und zum Ausbau der erneuerbaren Energien – zu beraten und zu beschließen. Doch klar ist auch: Der Weg zu einem klimaneutralen Deutschland ist noch lang. Weitere Schritte werden folgen. Dabei wird die SPD-Bundestagsfraktion immer für soziale Gerechtigkeit sorgen, damit alle diesen Weg gehen können und wir das Ziel gemeinsam erreichen.

HERAUSGEBER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, CARSTEN SCHNEIDER MDB,
ERSTER PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

HERSTELLUNG SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT, FEBRUAR 2020
REDAKTION STEFAN HINTERMEIER, STEFAN SCHUTZ

FOTOS @COLOURBOX.DE: CARSTEN MEDOM MADSEN (TITEL), NIC (SEITE 21)
SHUTTERSTOCK.COM: TATYANA VYC (SEITE 8), SSOKOLOV (SEITE 11),
SOONTHORN WONGSAITA (SEITE 12), DUSAN PETKOVIC (SEITE 16), USCHIDASCHI (SEITE 18)

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIEN AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION.
SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.